

# Bürger interessieren sich für Flüchtlings-Alltag

**INFORMATIONSABEND** Gemeinde und Landkreis wollen sozialen Wohnungsbau vorantreiben

**GANDERKESEE/KAS** – An weiteren Notunterkünften, sozialem Wohnungsbau und wohl auch Containerlösungen geht kein Weg vorbei: Jenen 815 Flüchtlinge, die der Landkreis Oldenburg bis Januar 2016 aufnehmen muss, werden weitere Zuweisungen folgen – daran ließ Sozialdezernent Bodo Bode am Donnerstagabend bei der Informationsveranstaltung der Gemeinde in der Mensa des Schulzentrums keinen Zweifel.

Die Sorge eines Bürgers, bezahlbare Wohnungen seien

im Gemeindegebiet angesichts der Flüchtlingsproblematik bald nicht mehr verfügbar, nahm Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas ernst. Die Gemeinde sei auf dem Weg, günstigen Wohnraum zu schaffen, sagte sie.

Weiteren Bürgerfragen der Bürger demonstrierten am Donnerstag vor allem eines: großes Interesse am neuen Alltag und den Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Ganderkesee. Sie richteten den Fokus etwa auf Beschäftigungsmöglichkeiten für Kin-

der und Erwachsene, den Spracherwerb und auf das Asylverfahren.

Letzteres dauert laut Elke Backhus vom Ausländeramt des Landkreises derzeit „mindestens acht bis neun Monate“. Drei Monate lang sei es Asylbewerbern untersagt, zu arbeiten, danach sei bis 15 Monate nach der Ankunft die Genehmigung der Arbeitsagentur erforderlich. Dies gelte auch für Beschäftigungsverhältnisse im privaten Umfeld, betonte sie.

Bezüglich des Sprach-

erwerbs berichtete Rainer Heinken, Leiter des Fachdienstes Soziale Hilfen, dass die Gemeinde plane, Mittel für zusätzliche Kurse einzusetzen, um an die vom Bund finanzierten Kurse anknüpfen zu können. Anhaltenden Applaus erntete ein Gymnasiast, der sich mit dem Wunsch zu Wort meldete, sich für die Flüchtlingsfamilien zu engagieren – etwa ein Fußballturnier auf die Beine zu stellen.

Einen Exkurs in die Bundespolitik unternahmen die Bundestagsabgeordneten As-

trid Grotelüschen (CDU) und Susanne Mittag (SPD). Sozialdezernent Bode mahnte, bei der Diskussion über sichere Herkunftsstaaten auf lokaler Ebene darauf zu verzichten nach „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen zu sortieren. Es sei Aufgabe der Kommunen, allen Unterstützung zukommen zu lassen.

Aktuell stammt die größte Gruppe der 187 Flüchtlinge im Gemeindegebiet aus Albanien (81), gefolgt von Menschen aus Syrien (42) und dem Kosovo (20).